

STIMME FÜR DEMOKRATIE

„Ich wähle
Gerechtigkeit!“



**Geh
wählen:
EU-Wahl
9. Juni**

eu-wahl.at

ÖGB AK



WARUM WÄHLEN GEHEN?

ICH STIMME FÜR ECHTE CHANGENGLEICHHEIT!

Noch immer sind wir weit davon entfernt, dass Frauen gleiches Geld für gleiche Arbeit erhalten! Vielen Systemhalter:innen in der Krankenpflege winkt in der Pension der ständige Kampf gegen die Altersarmut. Und gleichzeitig drohen jetzt auch noch Rückschläge in der Frauenpolitik, wenn es nach dem Willen mancher autoritärer Kräfte geht. Natürlich stimme ich für ein Europa, das weiterhin für echte Chancengleichheit kämpft.

SUSANNE, 58, Krankenpflegerin



ICH STIMME FÜR EIN GUTES LEBEN FÜR ALLE!

Konzerne mit ihren Lobbyisten versuchen, uns Vorgaben zu machen und die Welt alleine nach ihren Interessen zu gestalten. Und wir Arbeitnehmer:innen sollen den Großteil der Lasten tragen, die meisten Steuern zahlen und unser Leben brav der Erwerbsarbeit unterordnen. Es braucht Fairness, weitere Verbesserung der Arbeitsbedingungen und die echte Chance, sich ein gutes Leben aufzubauen. Lasst uns gemeinsam eine gerechtere Zukunft gestalten!

ALEXANDER, 33, Projektmanager



ICH STIMME FÜR GERECHTIGKEIT!

Du interessierst dich nicht für Politik? „Die da oben“ aber schon! Sie nutzen ihre politische Macht, um ihre Interessen in den Vordergrund zu stellen, und das auf Kosten der Jugend. Mit unserer Stimme bei den Wahlen zum Europäischen Parlament können wir den Einfluss der Allgemeinheit stärken. Mit meiner Stimme unterstütze ich Gerechtigkeit und Fairness: Damit die Reichen und Mächtigen nicht noch länger über mich bestimmen können.

HELEN, 21, Lehrling



FÜR DIE STIMME DER ARBEITNEHMER:INNEN!

Die Arbeiterkammer engagiert sich auf Bundesebene und auch auf EU-Ebene für gute und gesunde Arbeitsplätze, für Steuergerechtigkeit und Chancengleichheit, für einen sozial-ökologischen Umbau unserer Wirtschaft und für nachhaltige Zukunftsinvestitionen.

Das Europäische Parlament spielt eine zentrale Rolle bei der Durchsetzung dieser Interessen. Umso wichtiger ist daher, dass das Europäische Parlament eine Institution ist, die für Gerechtigkeit und Demokratie eintritt und die sozialen Rechte der EU-Bürger:innen verteidigt und ausbaut.

Stellen wir sicher, dass auch in Zukunft die Stimme der Arbeitnehmer:innen auf EU-Ebene laut und stark ist – mit einer hohen Wahlbeteiligung schaffen wir das!

RENATE ANDERL, AK Präsidentin



Foto: Sebastian Philipp BSP

MITBESTIMMUNG STÄRKEN, SOZIALSTAAT AUSBAUEN!

Wir leben in keiner einfachen Zeit, die Herausforderungen sind vielfältig – Krisen, Kriege, Klimawandel und Digitalisierung drohen auch die Arbeitswelt aus den Fugen geraten zu lassen. Aber die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass vehementer gewerkschaftlicher Einsatz vieles bewirken kann – gerade in Europa.

Es sind die Gewerkschaften, die sich auf nationaler, aber auch europäischer Ebene tagtäglich für die Arbeitnehmer:innen Europas einsetzen. Im Fokus muss stehen, rechtsextreme Tendenzen zu bekämpfen, die Mitbestimmung der Arbeitnehmer:innen in Unternehmen zu fördern und den Sozialstaat zu stärken. Diesen Kurs wollen wir weitergehen.

WOLFGANG KATZIAN, Präsident des ÖGB



Foto: schön fotografiert

GEHEN WIR WÄHLEN, DAMIT NICHT ÜBER UNSERE KÖPFE HINWEG ENTSCHIEDEN WIRD!



UNSERE STIMME FÜR EUROPA

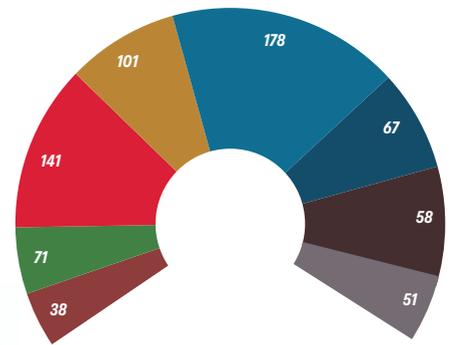
Das **Europäische Parlament** ist das Vertretungsorgan **aller EU-Bürger:innen**. Es entscheidet zusammen mit dem Rat der EU (dem Vertretungsorgan der Mitgliedstaaten) über die meisten EU-Gesetze und die Zusammensetzung der **EU-Kommission** (so heißt die Regierung der EU). Das EU-Parlament hat auch umfassende Kontrollrechte, beispielsweise über die Verwendung der EU-Gelder oder ganz allgemein über die Amtsführung der EU-Kommission.

Damit spielt es eine wesentliche Rolle bei Regelungen, die für die Bevölkerung in Österreich und in der ganzen Europäischen Union wichtig sind. Dazu zählen Regelungen im **Konsumentinnen- und Konsumentenschutz** (z. B. Schutzregelungen beim Online-Shopping, Fluggastrechte oder Handy-Gebühren), in der **Sozialpolitik** (z. B. zu Arbeitsbedingungen, Schutzmaßnahmen für Arbeitnehmer:innen, Fördermaßnahmen gegen Arbeitslosigkeit) sowie in der Klima-, Gesundheits-, Wirtschafts-, Handels- und der Agrarpolitik.

Derzeit hat das Europäische Parlament 705 Sitze, nach der EP-Wahl 2024 werden es 720 Sitze sein. Auf Österreich entfallen 19 beziehungsweise ab der kommenden Legislaturperiode

20 Mandate. Politisch ist das Europäische Parlament in acht Fraktionen aufgeteilt, die vom ganz linken bis zum ganz rechten Spektrum reichen.

Bei den **österreichischen EU-Abgeordneten** hält die ÖVP derzeit sieben Sitze, die SPÖ fünf, die FPÖ drei, die Grünen drei und die Neos halten einen Sitz.



PARTEI	SITZE AKTUELL
Linke	38
Grüne	71
Sozialdemokratische Fraktion	141
Liberale	101
Eur. Volkspartei	178
Eur. Konservative	67
Identität & Demokratie	58
Fraktionslose	51

Quelle: https://www.oesterreich.gv.at/themen/eu_und_international/eu/eu_informationsdienst_in_der_eu/sitzverteilung.html, Stand 9. April 2024



DEM LOBBYISMUS DER MÄCHTIGEN DIE STIRN BIETEN

In Brüssel fallen viele wichtige Entscheidungen, die die **EU-Bevölkerung** betreffen. Den **EU-Institutionen** (insbesondere der Europäischen Kommission, dem Europäischen Parlament und dem Rat) stehen unzählige Unternehmen, Organisationen und auch Einzelpersonen gegenüber, die ihre Interessen geltend machen wollen.

Laut dem sogenannten EU-Transparenzregister sind rund **12.500 Lobby-Organisationen** mit fast **50.000 Mitarbeiter:innen** und einem Lobby-Budget von rund **1,8 Milliarden Euro** auf EU-Ebene aktiv. Auffallend ist die Übermacht der Konzerne im Vergleich zu allen anderen Organisationen. So kommen beispielsweise auf eine Arbeitnehmer:innenvertretung rund 50 Unternehmensorganisationen.

Durch diesen **übermäßigen Einfluss** der Unternehmen auf die EU-Politik setzt sich Big Business nur allzu oft gegenüber **Gemeinwohlinteressen** durch. So wurden bei Themen rund um die Digitali-

sierung von der Kommission (sie schlägt die EU-Gesetze vor) vor allem Termine mit **Digitalkonzernen** wahrgenommen: Im Rahmen der Diskussion um ein Gesetz zur Künstlichen Intelligenz traf sie in 86 Prozent der Fälle Unternehmensvertretungen. Auch bei Expertinnen- und Expertengruppen, die die Kommission beraten, zeigt sich ein ähnliches Bild: So besteht die Beratungsgruppe zum Thema Politik beim **Klimawandel** zu 76 Prozent aus Unternehmensvertretungen und nur zu zehn Prozent aus Nichtregierungsorganisationen. Das zeigt, wie **ungleich** die unterschiedlichen Interessen berücksichtigt werden.

Das muss sich ändern! Der exklusive Zugriff der großen Unternehmen muss in die Schranken gewiesen werden. Sei es durch Verbesserung der **Lobby-Transparenz** oder durch **klare Vorgaben** für die EU-Kommission und den Rat, damit alle in gleicher Weise auf die Anliegen der Beschäftigten hören müssen. Das nächste Europäische Parlament könnte derartige Standards einfordern.

MISVERHÄLTNIS BEI DEN INTERESSENVERTRETUNGEN

Verhältnis Arbeit zu Wirtschaft laut den Daten aus dem EU-Transparenzregister



Quelle: EU-Transparenzregister

ÖKOLOGISCHER UMBAU FÜR ALLE

Den ökologischen Umbau der europäischen Wirtschaft für alle gestalten – damit uns die Zeit nicht davonläuft. Die Klimakrise ist ein Megathema unserer Zeit und sie betrifft uns alle.

Die zunehmenden extremen Wetterereignisse sind ein **Alarmsignal** und verursachen bereits jährliche Schäden in Milliardenhöhe. Gelingt es uns nicht, die Klimakrise zu bewältigen, dann werden diese **Kosten des Nichthandelns schon für die nächste Generation** in die Billionen anwachsen. Gleichzeitig haben wir jetzt die Chance, mit einem richtigen Mix aus Reformen und Investitionen den Umbau unserer Wirtschaft zu einem **Gewinn für alle** zu gestalten. Ganz wesentlich ist es, alle Bevölkerungsgruppen in jeder Hinsicht zu unterstützen. Unser Ziel muss ein rascher und gerechter Übergang zur Klimaneutralität sein und das schaffen wir nur gemeinsam mit einem gestärkten Europäischen Parlament!

Massive Ausweitung der öffentlichen Investitionen in den ökologischen Umbau

Mit dem europäischen Grünen Deal hat sich die EU ein großes Ziel gesetzt: Europa soll bis 2050 **klimaneutral** sein. Das heißt: Produktion, Energieversorgung, Verkehr, Landwirtschaft, Gebäude – alles muss in den nächsten Jahrzehnten

auf die Klimaneutralität ausgerichtet werden. Das erfordert nicht nur massive private, sondern auch öffentliche Investitionen: in erneuerbare **Energien**, **thermische Sanierung von Gebäuden**, **Umstellung auf klimaneutrale Mobilität** etc. Schätzungen beginnen EU-weit bei rund 400 Milliarden Euro zusätzlich – und zwar jedes Jahr. Dafür braucht es mehr finanziellen Spielraum der Mitgliedstaaten und viel mehr Gelder der EU. Wer jetzt schläft und sparen will, der setzt die Zukunft unserer Kinder aufs Spiel.

EU-weite Ausbildungs- und Qualifikationsoffensiven

Weil es gerne vergessen wird: Der Umbau in eine klimaneutrale Wirtschaft und Gesellschaft kann nur gelingen, wenn er **sozial gerecht** erfolgt. Das erfordert eine aktive und gestaltende Rolle der öffentlichen Hand, entsprechende soziale Absicherungen und die Schaffung qualitativ hochwertiger Arbeitsplätze. Damit die Arbeitnehmer:innen über die erforderlichen Kompetenzen verfügen, sind EU-weite Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensiven zentral.

„Made in Europe“ – für eine grüne Industrie mit guten Arbeitsplätzen

Der globale Wettlauf um die Vorherrschaft bei den Schlüsseltechnologien für eine **digitale und klimaneutrale Wirtschaft** ist voll im Gange. Die USA und China fördern massiv grüne Produktion und Wertschöpfung vor Ort. Bis 2030 sollen 40 Prozent des Bedarfs an grünen und sauberen Technologien in Europa selbst produziert werden. Auf diesem Weg muss Europa voranschreiten, gleichzeitig aber auch jene Fundamente stärken, die wir den anderen Wirtschaftsräumen voraushaben: **eine gut ausgebaute Daseinsvorsorge, ein starker Sozialstaat und eine aktive Mitbestimmung der Arbeitnehmer:innen.**

Gemeinsame Lebensadern sichern

Bei Wasser, Energie, Gesundheit, Wohnen und anderen Leistungen der Daseinsvorsorge können freie Märkte nicht alle Probleme und Krisen lösen. Diese Leistungen sind die Lebensadern unserer Wirtschaft und Gesellschaft. Der Wettbewerb allein kann den notwendigen ökologischen Umbau nicht bewältigen. Hohe Preise sind eine massive Belastung

für Haushalte und Unternehmen. Der Staat muss die **Energiewende sozialverträglich** gestalten und steuern: durch klare Vorgaben für Energieeffizienz, durch **gerechte Preisgestaltung** und durch zielgerichtete Bekämpfung von Energiearmut unter Gewährleistung der Versorgungssicherheit.

Liberalisierungsgefahr der Bahn, Zukunft auf Schiene bringen

Mobilität ist ein Grundbedürfnis und ein Fundament unserer Wirtschaft. Für den ökologischen Umbau brauchen wir auch eine umfassende, sozial gerechte Mobilitätswende. Der **Ausbau des öffentlichen Verkehrs** muss im Mittelpunkt stehen. Unsere Bahnen sind Klimaschutz auf Schiene. Wer in bestimmten Nachbarstaaten Österreichs mit der Bahn unterwegs ist, merkt rasch, in welches **Desaster Liberalisierung und Sparpolitik** geführt haben. Damit uns das erspart bleibt, wollen wir gemeinsam mit dem Europäischen Parlament für die EU-weite Verbesserung der Bahnen, aber auch gegen eigenmächtige Marktöffnungsfantasien der Kommission kämpfen.

ICH STIMME FÜR EINEN STARKEN ZUSAMMENHALT!

Als kleines Land haben wir nicht die Macht, große Herausforderungen wie die Klimakrise alleine zu bewältigen. Viele Entscheidungen, die auch dich und mich betreffen, werden längst in Europa geregelt. Zum Glück gibt es das EU-Parlament, das sich für wichtige Themen auf EU-Ebene einsetzt. Mit meiner Stimme kann ich mich dafür einsetzen, dass die Werte Gerechtigkeit und Solidarität über die Landesgrenzen hinaus berücksichtigt werden. Für diesen Zusammenhalt lohnt es sich, wählen zu gehen.

BERNHARD, 27, Web-Entwickler





WOHLFAHRTS- STAAT STÄRKEN

Der europäische Wohlfahrtsstaat bildet eine starke Säule unserer europäischen Demokratie. Um sie zu festigen, müssen wir für gute Arbeitsbedingungen und gegen die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich kämpfen.

Immer wieder unterstützte das Europäische Parlament wichtige EU-Initiativen, um die **Rechte der Arbeitnehmer:innen** zu stärken, wie z. B. im Fall der Mindestlohn-Richtlinie. Auch die Verbesserung der Rechtsstellung von Plattformbeschäftigten wurde schließlich trotz Widerstands der großen Wirtschaftslobbys vom Europäischen Parlament beschlossen. Gehen wir zur Wahl, damit wir auch in Zukunft gemeinsam mit dem EU-Parlament für eine gerechtere Gesellschaft, in der **alle Menschen gleiche Chancen** haben, kämpfen können!

Europäische Mindeststandards ausbauen

Erklärtes Ziel der EU ist die **Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen**. Das geeignete Instrument ist die Festlegung von Mindeststandards in wichtigen Bereichen des Arbeitsrechtes. Bei Fragen des Betriebsübergangs, des Urlaubsrechts oder des Arbeitnehmer:innenschutzes hat sich der europäische Gesetzgeber als treibende

Kraft der Rechtsentwicklung erwiesen. Vom Ausgang der EP-Wahl wird es abhängen, ob bei zentralen arbeitsrechtlichen Fragen unserer Zeit etwas weitergehen wird.

Denkbar sind etwa Regelungen über den EU-weiten Schutz vor unfairen Klauseln in Arbeitsverträgen und wirkungsvolle Maßnahmen gegen Scheinselbstständigkeit.

Gemeinsam mit der EU für Gleichstellung in Österreich kämpfen

Das EU-Parlament ist seit jeher ein **starker Verbündeter im Kampf gegen alle Formen von Diskriminierung**. Aus Brüssel kommt viel Rückenwind für die Stärkung der Gleichstellung: Neben der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen hat das EU-Parlament etwa auch Vorgaben für mehr Lohntransparenz und damit zum **Schließen des Gender-Pay-Gap** festgelegt.

ICH STIMME FÜR EIN SELBSTBESTIMMTES LEBEN IN VOLLER GLEICHBERECHTIGUNG!

Frauen dürfen keine Menschen zweiter Klasse sein!

Es liegt in unserer Verantwortung, uns für ein gewaltfreies Europa ohne Benachteiligung aufgrund des Geschlechts stark zu machen. Das EU-Parlament spielt eine entscheidende Rolle bei der Förderung von Gleichberechtigung und der Bekämpfung von Diskriminierung auf allen Ebenen.

Die EU-Wahl 2024 bietet uns die Möglichkeit, für eine offene und gerechte Gesellschaft einzutreten. Auch ich gehe wählen, um mich für Gleichstellung in einem modernen Europa einzusetzen!

TAMARA, 33, Angestellte



Für die nächste Legislaturperiode gibt es für die EU-Abgeordneten wichtige Aufgaben: Die **Gleichstellung weiter zu stärken** und gleichzeitig die effektive Umsetzung der erkämpften Rechte auch in Österreich zu beobachten und einzufordern.

Leistungsstarke Sozialsysteme fördern statt neuerliche Kürzungspolitik

Die hohen Preise für Wohnen, Energie und Mobilität führen zu sozialen Verwerfungen und vergrößern in vielen EU-Staaten die **Kluft zwischen Arm und Reich**. Wachsende soziale Ungleichheit ist aber kein unabwendbares Schicksal. Europa kann der erste Kontinent sein, in dem es **gute, fair bezahlte Jobs für alle Menschen** gibt und Armut nur noch in den Geschichtsbüchern thematisiert wird. Soziale Absicherung bei Krankheit,

Arbeitslosigkeit, Pension etc. sind für die breite Mitte der Gesellschaft ebenso bedeutend wie leistbares Wohnen.

Dafür sind entsprechende Mittel erforderlich, die nicht durch europäische Kürzungszwänge und sogenannte Austeritätspolitik unter Druck geraten dürfen. Dies müssen zentrale Zielsetzungen der kommenden Legislaturperiode sein!



KEINE SCHMUTZIGEN GESCHÄFTE MEHR IM BINNENMARKT

Der EU-Binnenmarkt ist vor allem von den Wünschen der Wirtschaft getrieben. Aus Sicht der Arbeitnehmer:innen muss viel mehr gemacht werden.

Auch wir haben schon manches in der Binnenmarktpolitik erreicht. So etwa die Möglichkeit des Studiums oder der Berufstätigkeit in einem anderen EU-Mitgliedsland. Auch Telefonieren ist im EU-Ausland durch EU-Roaming-Vorschriften günstiger geworden. In vielen EU-Staaten ist das Bezahlen mit dem Euro ohne Währungsumtausch möglich. In vielen Bereichen ist jedoch ein schädlicher Kampf um die niedrigsten Standards sowie **grenzüberschreitendes Lohn- und Sozialdumping** zu beobachten. Die EP-Wahl wird auch darüber entscheiden, inwieweit sich die EU vom Jammern der Lobbys blenden lässt.

Lohn- und Sozialdumping mit Nachdruck bekämpfen

Dass ausländische Arbeitskräfte in Österreich oftmals geringer entlohnt werden als ihre österreichischen Kolleginnen und Kollegen, ist seit jeher eine **Schattenseite des liberalisierten Binnenmarktes**. Dadurch kommen letztlich auch österreichische Arbeitnehmer:innen unter Druck. Das ständige Ignorieren des Lohn- und Sozialdumpings seitens der EU-Eliten machte schon die Osterweiterung zu einem schwierigen Unterfangen, befeuerte den BREXIT und verhindert derzeit ein solides Abkommen zwischen der EU

ENTSENDUNGEN NACH ÖSTERREICH INKLUSIVE GRENZÜBERSCHREITENDE ÜBERLASSUNGEN

Überblick 2011–2021



Quelle: L&R Sozialforschung

und der Schweiz. Wer diese Worte nicht hören mag, soll helfen, das Problem der **Unterentlohnungen** im Binnenmarkt aus der Welt zu schaffen. Das nächste Europäische Parlament ist dazu aufgerufen!

Populistische Bürokratiekritik hinterfragen

Mit Plattitüden wie der „besseren Rechtsetzung“ und unter Verweis auf das „Bürokratiemonster Brüssel“ wollen sich immer mehr Unternehmensvertreter:innen möglichst vielen Verpflichtungen entziehen, die für die Allgemeinheit einen hohen Nutzen haben.

Schutzbestimmungen für Konsumentinnen und Konsumenten

sind beispielsweise ein wichtiges Instrument gegen unlautere Unternehmen, die zum Nachteil von Verbraucherinnen und Verbrauchern agieren. Auch Bilanzierungsregeln sind außerordentlich wichtig, um mögliche Schief lagen bei Unternehmen

frühzeitig erkennen zu können. Gerade die aktuellen Beispiele aus der österreichischen Immobilienbranche zeigen, wie wichtig das ist.

Für einen Binnenmarkt für die arbeitenden Menschen und Konsumentinnen und Konsumenten

Ob im Zuge der Finanzkrise, der Coronapandemie oder der Energiekrise: Oft genug haben wir erfahren, wie **wenig krisenresistent** der Binnenmarkt ist. Der EU-Binnenmarkt braucht daher dringend eine Neuausrichtung. Im Konsumentinnen- und Konsumentenschutz muss noch entschiedener den **unfairen Praktiken** im Internet ein Riegel vorgeschoben werden.

Und im Steuerbereich müssen wichtige Vorhaben zur Steuergerechtigkeit weitergeführt werden, sei es durch Trockenlegung von Steuersümpfen oder durch faire Besteuerung der Digitalkonzerne.

ICH STIMME FÜR STARKE GEHÄLTER!

Meine Stimme geht an eine starke Vertretung der Arbeitnehmer:innen! Es braucht ein faires Gegengewicht zu den Konzerninteressen. Damit Wirtschaftslobbys nie mehr über meinen Kopf hinweg und gegen meine Vorstellungen entscheiden können. Unter den einflussreichen EU-Organen hat das Europäische Parlament in vielen wichtigen Fällen unsere Anliegen unterstützt. Errichten wir einen Schutzschild und sorgen so für eine Politik im Dienste der arbeitenden Menschen. Deine Wahl ist ein Schutzschild für eine Politik im Dienste der arbeitenden Menschen.

Gehen wir am 9. Juni wählen, um einen wichtigen Verbündeten zu stärken.

RONALD, 54, Steinmetz





Globale Zusammen- arbeit für die arbeitenden Menschen

In einer krisengebeutelten Welt braucht es Antworten, die den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht werden. Mehr Globalisierung, Liberalisierung und Privatisierung sind der falsche Weg. Die EU kann einen entscheidenden Beitrag dafür leisten, weltweit eine gerechtere und nachhaltigere Wirtschaft zu gestalten.

Dazu wird es erforderlich sein, viel genauer als bisher auf die Bedingungen zu achten, unter denen global gehandelte Produkte hergestellt und vertrieben werden. Mit dem hart erkämpften **EU-Lieferkettengesetz** werden erste wichtige Ansätze dazu EU-weit geregelt. Für einen gerechten Handel und fairen Wettbewerb ist aber noch vieles zu tun.

Für echte Klima- und Nachhaltigkeitsabkommen

Abkommen wie EU-Mercosur und EU-Chile bedienen weiterhin die **Interessen der großen Konzerne**, gefährden öffentliche Handlungsspielräume und stehen den Klimazielen der EU im Weg. Arbeiter:innenrechte werden darin vernachlässigt und Gewerkschaftsarbeit behindert.

Im Gegensatz zu den zahnlosen Nachhaltigkeitsversprechen in den Abkommen sollen Konzerne ihre Gewinnerwartungen durchsetzen können. Dies wird etwa im Chile-Abkommen durch Klagen vor privaten Schiedsgerichten gegen die Interessen der Bevölkerung ermöglicht. Aber genau das ist der falsche Weg! Statt veralteter Handelspolitik braucht es **Klima- und Nachhaltigkeitsabkommen**, die soziale und ökologische Ziele in den Mittelpunkt rücken. Das nächste EU-Parlament soll uns hier ein starker Bündnispartner sein.

Mit dem EU-Lieferkettengesetz weiter für den Schutz von Mensch und Umwelt kämpfen

Mit dem sogenannten „EU-Lieferkettengesetz“ sollen große Unternehmen die Einhaltung von Menschenrechts- und Umweltstandards entlang ihrer Wertschöpfungsketten

ICH STIMME FÜR EINE LEBENSWERTE ZUKUNFT!

*Wählen bedeutet für mich,
unsere Zukunft aktiv mitzugestalten.*

Egal ob es um mehr Frauengleichberechtigung, um europaweite Mindestlöhne oder um Menschenrechte in globalen Lieferketten geht – ich finde es großartig, dass auch viele Abgeordnete im Europäischen Parlament bei vielen wichtigen Themen bis zum Letzten kämpfen.

Jede einzelne Stimme formt die Richtung, in die sich die europäische Politik und Gesellschaft entwickeln werden. Ich gestalte mit meiner Stimme eine Zukunft, auf die ich stolz sein kann.

SANDRA, 49, Angestellte und Betriebsrätin



kontrollieren. Und sie sollen gegenüber Geschädigten haften. Auch wenn einige Mitgliedstaaten im Rat der EU (auch die österreichischen Wirtschaftslobbys) alles versuchten, um das wichtige EU-Gesetz zu Fall zu bringen, waren die **Stimmen der Vernunft** am Ende stärker. Ein Meilenstein für eine nachhaltigere Wirtschaftsordnung und ein Riesenerfolg für alle, die jahrelang dafür gekämpft haben! Im nächsten Schritt wird es um die **wirksame Umsetzung** des Lieferkettengesetzes gehen. Und das Europäische Parlament soll hier weiterhin eine unterstützende Rolle spielen.

Den Globalen Süden auf Augenhöhe einbeziehen

Für den Umbau der europäischen Wirtschaft brauchen wir kritische Rohstoffe und Industriegüter aus dem Globalen Süden. Fragen eines **gerechten Übergangs** dürfen deshalb nicht nur auf Europa oder wenige Staaten beschränkt sein. Sie sind in gleicher Weise eine **soziale wie auch eine globale Aufgabenstellung**. Dazu braucht es eine neue Form von Partnerschaften, in der unter Einbeziehung von Gewerkschaften weltweit gerechte Wirtschafts- und Arbeitsbeziehungen geschaffen werden.

So kann der **notwendige Umbau unserer Wirtschaft** möglich werden, der die Lebensgrundlagen aller schützt.



UNSERE ZUKUNFT IN UNSEREN HÄNDEN

Die Wahlen zum Europäischen Parlament sind wichtig, um unsere Demokratie zu verteidigen und die Anliegen der Arbeitnehmer:innen voranzubringen. Damit keine bezahlten Lobbys, keine Antidemokraten, keine neoliberalen Technokraten und keine Feinde der Gewerkschaften über unsere Zukunft bestimmen.

Wir müssen Europa in unsere Hände nehmen! Denn wir sind diejenigen, die Europa errichtet haben und tagtäglich am Laufen halten. Mit folgenden Maßnahmen, die auch eine Änderung der EU-Verträge rechtfertigen könnten, würde die EU auf längere Sicht zugleich bürgernäher wie auch handlungsfähiger werden: **Entwickeln wir Europa gemeinsam weiter!**

Das Europäische Parlament entscheiden lassen

Das Europäische Parlament als **Vertretung der Bürger:innen** sollte zur eindeutig bestimmenden Kraft in der EU werden. Es muss Gesetze in die Wege leiten und andere machtvolle Organe wie die EU-Kommission oder den Europäischen Gerichtshof ernennen können.

Auch die aus der Zeit gefallenen **Liberalisierungszwänge** aus den EU-Verträgen sollten im Rahmen des ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens jederzeit verändert werden können.

Mehr Demokratie bedeutet auch, dass der Rat der EU transparenter agieren müsste und in wichtigen wirtschaftspolitischen Fragen keine Blockademöglichkeiten mehr hätte.

Übrigens: Unter der Bezeichnung „**soziales Fortschrittsprotokoll**“ kämpfen die europäischen Gewerkschaften seit längerem auch für eine entsprechende Änderung der EU-Verträge. Damit auch der Europäische Gerichtshof versteht, dass für freie und gerechte Gesellschaften Gewerkschaftsrechte bedeutender sind als Marktfreiheiten.

Das ist aber derzeit etwa im Steuerbereich noch der Fall. Dadurch mussten bislang wichtige Initiativen (z. B. die Einführung der Finanztransaktionssteuer) am Widerstand einzelner Staaten scheitern.

Nicht auf Lobbys, sondern auf die Arbeitnehmer:innen und ihre Vertretungen hören

Wenn die Bürger:innen tatsächlich das Sagen haben sollen, müssen Unternehmenslobbys in die Schranken gewiesen werden und die gewerkschaftlichen Mitgestaltungsmöglichkeiten in den Vordergrund rücken – egal ob im Betrieb, in der Rechtsetzung oder in der Rechtsprechung der EU.

Vertiefung vor Erweiterung

Eine demokratischere EU ist **weniger erpressbar durch autoritär regierte Mitgliedstaaten** und deutlich überzeugender gegenüber dem Rest der Welt. Ein Mehr an Demokratie kann nicht nur gelingen, sondern muss es sogar. Wenn die EU wie angekündigt noch weitere Staaten aufnehmen möchte, muss sie sich überhaupt erst dazu in die Lage versetzen.

Und auch das **soziale Fundament** muss in allen Kandidatenländern erst gefestigt werden. Die **Stärkung der jeweiligen Gewerkschaften** ist ein wichtiger Schlüssel dazu.

ICH STIMME FÜR UNSER RECHT AUF MITBESTIMMUNG!

In einer Demokratie haben wir alle gleichermaßen die Möglichkeit, unsere Zukunft nach unseren Ideen und Vorstellungen mitzugestalten. Mit der Teilnahme an der EU-Wahl 2024 wird deine Meinung zum Gestaltungselement der europäischen Politik.

Deine Stimme hat ein entscheidendes Gewicht: Deshalb ist Schweigen gefährlich! Eine nicht abgegebene Stimme verschwindet in der Versenkung. Dann entscheiden ausschließlich andere darüber, wer dich als Nichtwähler:in im EU-Parlament vertritt.

Mach dich laut und bestimme mit!

JULIA, 23, Angestellte



Geh wählen!

EU-Wahl am 9. Juni



Weitere Infos
auf ***eu-wahl.at***

**Herausgeber
und Medieninhaber:**

Kammer für Arbeiter
und Angestellte für Wien
www.arbeiterkammer.at
Österreichischer
Gewerkschaftsbund
www.oegb.at

Fotos:

Markus Zahradnik

Layout, Grafik:

Verlag des Österreichischen
Gewerkschafts-
bundes GmbH
1020 Wien
Johann-Böhm-Platz 1

Hersteller:

druck.at – Druck- und
Handelsgesellschaft mbH
A-2544 Leobersdorf,
Aredstraße 7
+43(O) 2256 64131
www.druck.at
Verlagsort: Wien

**STIMME FÜR
DEMOKRATIE**

Eine Initiative von

ÖGB AK